

Bern, 29. November 2016

Medienmitteilung

Altersvorsorge2020 Ja – AHV-Ausbau Nein

Für einen starken Forschungsplatz Schweiz

Zum Auftakt der Wintersession bekräftigte die FDP-Liberale-Fraktion die Ablehnung der zusätzlichen 70 Franken für Neurentner im Rahmen der Sanierung der AHV. Anstatt Geld mit der Giesskanne auszuschütten, sollte die Senkung des Mindestumwandlungssatzes innerhalb der obligatorischen beruflichen Vorsorge kompensiert werden. Weiter beschloss sie eine Motion einzureichen, damit nicht nur neue Regulierungen durch eine unabhängige Kontrollbehörde auf deren Kosten überprüft werden, sondern dies auch für bestehende Regulierungen gilt. Auch setzt sich die fortschrittlichste Fraktion unter der Bundeshauskuppel dafür ein, dass die Forschung nicht länger stigmatisiert wird.

Die FDP will das heutige Rentenniveau halten. Wir fordern, dass die Senkung des Mindestumwandlungssatzes in der obligatorischen beruflichen Vorsorge auch dort kompensiert wird. Konsequenterweise lehnen wir die Erhöhung der AHV um 70 Franken ab. Eine solche Querfinanzierung zwischen der staatlichen (1. Säule) und der beruflichen (2. Säule) Vorsorge würde nicht nur das bewährte Gleichgewicht zwischen den Säulen bedrängen sondern auch eine krasse Ungleichheit schaffen: Die zusätzlichen 70 Franken erhielten nämlich nur die Neurentner, die heutigen Rentner nicht. Auch würden davon nicht jene profitieren, denen sie gemäss Befürworter helfen sollte. Rentnerinnen und Rentner, die heute zusätzlich zur AHV auf Ergänzungsleistungen (EL) angewiesen sind, würden letztere nämlich verlieren, weil sie durch die erhöhte Rente ihren Anspruch auf EL nicht mehr in gleichem Masse geltend machen könnten. Jene, die die Erhöhung um 70 Franken befürworten, argumentieren scheinheilig.

Verstärkte Regulierungskontrolle

Die Fraktion beschloss eine Motion einzureichen, damit die bereits geforderte Regulierungskontrollbehörde nicht nur neue, sondern auch bestehende Regulierungen überprüfen kann. Auch soll sie dem Parlament Empfehlungen abgeben, wie Regulierungen optimiert werden können. Die Behörde soll aus eigenen Impuls oder aufgrund von Eingaben aus der Bevölkerung, Wirtschaft oder Justiz überprüfen, ob bestehende Regulierungen unverhältnismässig, nicht mehr sachgerecht oder unnötig kostentreibend sind. Die Schweiz sollte sich nicht nur zum Ziel setzen, die Kosten neuer Regulierungen so tief wie möglich zu halten, sondern auch bestehende Regulierungskosten zu senken und dadurch Unternehmen mehr Freiraum zu lassen, Arbeitsplätze zu sichern. Gleichzeitig werden Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlastet. Eine aus unabhängigen Experten bestehende Kontrollbehörde ist ideal geeignet diese Analysen durchzuführen und dem Parlament Sparpotenzial aufzuzeigen.

Forschung nicht stigmatisieren

Was bisher geschah: Im 2005 beschlossen Volk und Stände ein fünf Jahre dauerndes Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen. Diese Zeit wurde intensiv genutzt, um zu möglichen schädlichen Auswirkungen von gentechnisch veränderten Organismen auf nicht-veränderte zu forschen. Die vom Schweizerischen Nationalfonds geförderten Untersuchungen kamen 2012 zum Schluss, dass diesbezüglich keine Gefahr bestehe (vor dieser Publikation wurde das Moratorium bereits einmal verlängert). Wozu teure Studien machen lassen, wenn dann Konsequenzen nicht gezogen werden? Das Parlament schob die Zulassung trotzdem erneut auf, mit der Begründung man wolle den Bericht des SNF studieren und debattieren. Seither zogen ganze vier Jahre ins Land, ohne dass auch nur eine einzige Debatte darüber geführt worden wäre. Zwischenzeitlich schlug der Bundesrat unter sehr strikten Bedingungen eine Regelung zur Ko-Existenz von gentechnisch veränderten und nicht-veränderten Organismen vor, weigerte sich aber, das Moratorium zu beenden. Anstatt nun wenigsten ein kleines bisschen Fortschritt zuzulassen, beantragt die für die Wissenschaft (sic!) zuständige Kommission des Nationalrates nicht etwa Zustimmung zum bundesrätlichen Vorschlag, sondern, das Moratorium auf unbestimmte Zeit zu

verlängern. Als wirklich fortschrittliche Partei lehnt die FDP dies in aller Deutlichkeit ab.

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – **aus Liebe zur Schweiz.**

Kontakte

- › Ignazio Cassis, Präsident FDP-Liberale Fraktion, 079 318 20 30
 - › Thomas Hefti, Vizepräsident FDP-Liberale Fraktion, 079 443 10 10
 - › Beat Walti, Vizepräsident FDP-Liberale Fraktion, 079 296 72 25
 - › Georg Därendinger, Kommunikationschef, 079 590 98 77
 - › Arnaud Bonvin, Mediensprecher Romandie, 079 277 71 23
-

Die FDP ist seit 1848 der Garant des Erfolgsmodells Schweiz. Wir sichern dank unserer Wirtschaftskompetenz dem Standort Schweiz optimale Rahmenbedingungen, damit Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden. Und wir stehen ein für die bilateralen Verträge, aber gegen einen EU-Beitritt.

FDP. Die Liberalen, Generalsekretariat, Neuengasse 20, Postfach, CH-3001 Bern

T +41 (0)31 320 35 35, F +41 (0)31 320 35 00, www.fdp.ch